

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Aden & Comp., Nr. 90618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M., Postnummer 90 91.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281. Druckerei: Wettinerplatz 10, Tel. 25 281. Verlagsort: Dresden, den 5. Juli 1920.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Normalzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 4-spaltige Normalzeile 1,50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwerbung 80 Pf.

Nr. 152

Dresden, Montag den 5. Juli 1920

31. Jahrg.

Ankunft in Spa

Spa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der deutschen Delegation ist kurz vor 2 Uhr ohne Zwischenfall hier eingetroffen. Der Bahnhof war militärisch abgesperrt. Die zahlreich erschienenen Menge verhielt sich schweigend. Die deutsche Delegation wurde im Zuge von dem Generalsekretär der Konferenz Jacquemin und von Graf Duchatel im Namen der belgischen Regierung begrüßt und begab sich dann in Staatsautomobilen in ihre Absteigequartiere.

Es war in den letzten Apriltagen dieses Jahres, als aus San Remo die Nachricht kam, der Oberste Rat habe beschlossen, die deutsche Reichsregierung zu mündlichen Besprechungen nach Spa einzuladen. Das begrüßten wir ohne übertriebene Hoffnungen als ein Zeichen, daß die Entente endlich gefonnen sei, nicht weiter auf dem Festsitzwege, der nie zum Ziele führen konnte, sondern auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung die Wiederherstellung des wahren europäischen Friedens zu versuchen.

Aber die Scharfmacher im Lager unserer Gegner witterten bald, daß eine vernünftige Ansprache ohne Zweifel eine Revision des Versailleser Friedensvertrages nach sich ziehen würde, und so begannen sie ein wildes Pressetreiben gegen die Zustimmung der Deutschen in Spa als einer den Alliierten gleichberechtigten Partei. Ihr feindseliges Werk wurde ihnen freilich bedeutend erschwert durch die Sympathie, die Deutschland bei allen Verbandsmitgliedern die einmütige Abwehr des Kapitulanten eingebracht hatte. Ja man schien in den Kreisen der Konferenz in San Remo sogar nicht abgeneigt, Deutschlands Bitte um Besetzung eines Heeres von 200.000 Mann zu willfahren. Die „Atmosphäre für eine Revision“ schien geschaffen; Rittig, der Vertreter einer Deutschland wohlwollenden Auffassung, schien zu triumphieren.

So war es damals. Wie aber sieht es heute aus? Nicht hören wir jetzt mehr von Wohlwollen, Rittig ist verfloren, Millerand und Hoch haben wieder das große Wort. Nicht bloß unser Heer müssen wir herabsetzen, auch die eben geschaffene Sicherheitspolizei in kürzester Frist auflösen. Und die brutalsten Zwangsmittel werden angebrocht, wenn wir nicht jeden Paragraphen des Versailleser Vertrages bis auf das letzte Mittelteil erfüllen.

War es allein die Macht der Pariser Boulevardblätter und der Portfeuillepresse, die in so kurzer Zeit den schlimmen Umschwung herbeiführte? Prüfen wir die Frage ehrlich, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Hauptschuld an der Wandlung das deutsche Volk selber trägt. Es hat den Klauen an seinen ehrliehen Friedenswillen bei der Entente hart erstickt am 6. Juni, als es bei der Wahl einen großen Teil der Stimmen Parteien gab, die offen oder verdeckt den Revanchegedanken fördern. Wiederholt hatten die Vertreter der Alliierten es ausgesprochen, daß die alte Regierungskoalition ihr Vertrauen verliere — sie hätte also auch wohl am ersten in Spa eine Revision des Friedens zu unsern Gunsten durchgesetzt.

Das deutsche Volk mag jetzt erkennen, welche ungeheure Lorbeer es am 6. Juni beging, als es nach rechts abgewandte, statt die alte Koalition und vor allem ihren linken Flügel, die Sozialdemokratie, an deren ehrliehen Friedenswillen bei aller Wahrung berechtigter nationaler Interessen wohl niemand je Zweifel hegte, zu stärken. Das wird auch nicht weitgemacht durch den starken Stimmengewinn der äußersten Linken. Die Unabhängigen und Kommunisten starrten wie Wölfe auf Moskauer Sowjetrußland oder auf den Todfeind der Ententemächte und führt mit ihr Krieg bis auf das Messer — kein Wunder also, daß das Anschwellen der durch Rußland beeinflussten Parteien in Deutschland die Staatsmänner der Alliierten nicht über den Erfolg der Revisionäre beruhigen kann.

Nicht günstig also sind die Sterne, unter denen unsere Vertreter jetzt in Spa eingetroffen sind. Mit der „Gleichberechtigung“, die frühere Verhandlungen aus Ententekreisen uns berechneten, sieht es überaus schlecht aus. Dabas und Renier melden, Joseph George habe in Brüssel bei einem Empfang belgischer Journalisten erklärt, die Deutschen hätten kein Recht, auf der Konferenz in Spa den Versailleser Vertrag auch nur zur Änderung zu bringen, sondern hätten nur ihre Anträge über die Ausführung des Vertrages dienenden Maßnahmen kundzutun.

Auch wer nach Meldungen der letzten Tage sannah, Deutschland könne vielleicht Gewinn ziehen aus einer Uneinigkeit unter Gläubigern, dürfte, wenn die letzten Nachrichten über die Brüsseler Konferenz zutreffen, sich irritiert haben. Die amtliche Kundgebung belagt: Die Konferenz der französischen, belgischen, italienischen und englischen Minister dauerte von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr 30 Min. nachmittags. Es wurde fast ausschließlich die Frage der Bestimmung der deutschen Entschädigung erörtert. Ein Einverständnis der deutschen Entschädigung erörtert. Ein Einverständnis der deutschen Entschädigung erörtert. Ein Einverständnis der deutschen Entschädigung erörtert.

Was unsere Vertreter demnach zu tun bleibt, ist nur das eine: Bei Anerkennung der nun einmal übernommenen Verpflichtungen den Gegenseitigen des Versailleser Friedens

an Hand ausführlichen Materials die Unmöglichkeit herzumachen, das Geforderte zu leisten. Was der neue deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simons von Spa erwartet, das hat er in einer Unterredung dargelegt, die er ausländischen Pressevertretern gewährte. Er erklärte u. a.: Nach dem Verzuge von Versailles sei der Betrag, den Deutschland an Wiedergutmachungen zu leisten hätte, im Mai 1921 festzusetzen. Aber wie die Dinge lagen, könnten weder Deutschland noch seine Vertragsgegner bis dahin warten, da sonst die Feststellung vernünftiger Budgets praktisch unmöglich sei. Von einem Pressevertreter gefragt, ob Deutschland eine bestimmte Summe nennen würde, die es unter allen Umständen zahlen könnte, antwortete Dr. Simons, das sei natürlich vollständig ausgeschlossen; aber wenn es durch eingehende freimütige mündliche Verhandlungen gelänge, volles Einverständnis über gewisse Voraussetzungen zu erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein, ein festes Angebot zu machen.

Der Minister bemerkte weiter, er habe einen wichtigen Posten in der deutschen Industrie bekleidet und habe dabei Gelegenheit gehabt, eingehend zu studieren, bis zu welchem Betrage Deutschland den Vertrag von Versailles zu erfüllen in der Lage sei. Jedemfalls werde er nur das unterschreiben, was seiner Ansicht nach Deutschland erfüllen könne. Dr. Simons betonte weiter, daß die Erfüllung des Vertrages durch Deutschland in der Hauptsache in Arbeit bestehen würde und daß diese Arbeit von drei Bedingungen abhängt: Rohmaterial, Lebensmittel und Friede im Innlande. Diese Dinge, die ebenso grundlegend seien wie die Zukunft Obergalliens, seien die wichtigste Voraussetzung, über die man sich zuerst einigen müsse, ehe Deutschland irgendein festes Angebot machen könne. Der Minister erklärte zum Schluß seiner Darlegungen, daß es der feste Wille Deutschlands sei, zu einer Verständigung zu kommen.

Vor übertriebenen Hoffnungen auf die Zusammenkunft in Spa müssen wir uns hüten, wollen wir nicht die ganze Bitterkeit der Enttäuschung erleben. Aber an der Annahme sind wir berechtigt, daß den Gründen der Vermunft bei einer mündlichen Ansprache sich auch die Gegner nicht werden verschließen können. Viel kommt es natürlich auf das Verhalten unserer Vertreter an. Nicht Unterwürfigkeit, aber auch keine hohen Gesten, die höchstens den Wefall deutschnationaler Reichartikler finden, dem deutschen Volk aber innerlichsten Schanden zufügen würden, sind für uns in Spa am Platze, vor allem aber volle Offenheit und Wahrheit, auch hinsichtlich unserer Kriegsschuld.

Bürgerliche Regierungen sind es, die in dem belgischen Vandeort zusammenkommen, um die Welt, die aus dem Jagen gegangen, wieder einzunetzen. Das arbeitende Volk sieht nicht mit Unrecht nach dem Verhalten der Alliierten und nicht gleichgültig sein, wie die Konferenz in Spa verläuft; denn wir sind, obgleich nur Zuschauer, doch an den Ergebnissen in höchstem Grade mitbeteiligt. Darum hatte die deutsche Sozialdemokratie auch keinen Anlaß, etwa durch ein Mißtrauensvotum gegenüber der neuen Regierung dieser ihre Arbeit in Spa noch zu erschweren oder unmöglich zu machen, es sei denn, daß unsere Partei selber die Absicht gehabt hätte, den Wuhung nach Spa anzutreten. Dazu aber lag bei der Entwicklung, die die Stimmung der Alliierten infolge der Wahlen Deutschland gegenüber genommen hat, für uns nicht der geringste Anlaß vor.

Die erste Sitzung

Brüssel, 4. Juli. In der ersten Sitzung der Konferenz vom Montag wird es sich zunächst darum handeln, die deutschen Wollmachten kennen zu lernen. Die erste Frage, die gestellt

werden wird, betrifft die zwei Raten, die im Anschluß an die Konferenz in Vaulogne an die deutsche Regierung gerichtet worden sind, und die Gründe, weshalb Deutschland diese Raten noch nicht beantwortet hat. Darauf werden die Fragen der Entschädigung, der Wiedergutmachung, der Kohlenlieferung und wahrscheinlich auch die Frage von Danzig besprochen werden.

Die Delegationen sind nach Spa abgereist mit den Sachverständigen für die türkischen Angelegenheiten, woraus hervorgeht, daß auch die türkische Frage behandelt werden wird. Die Frage der prozentualen Verteilung der deutschen Kriegskosten wird abgehandelt werden, worauf man als erledigt betrachtet.

Drei Fragen an Deutschland

Eigene Drahtmeldung

Basel, 5. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Den deutschen Delegierten werden in der Frühungssitzung drei Fragen vorgelegt werden. Zunächst: Warum auf die drei Raten der Ententemächte wegen der Abklärung bisher keine Antwort eingegangen ist? 2. Sodann wird jedem eine Liste der nicht erfüllten Bedingungen des Friedensvertrages vorgelegt werden, namentlich bezüglich der Ablieferung des deutschen Kriegsmaterials und der Kriegskosten. 3. Schließlich wird man sie fragen, wie sie die Bedingungen künftig zu erfüllen gedenken. — Von der Art, wie die Deutschen diese Fragen beantworten werden, soll, nach einer Meldung des Temps, der weitere Verlauf der Konferenz abhängen.

Empfang der Delegationen

Eigene Drahtmeldung

Spa, 5. Juli. Um 1 Uhr 30 Minuten, mit einer Verspätung von einer halben Stunde, traf der deutsche Sonderzug in Spa ein. Der Empfang gestaltete sich still, aber feierlich. Der Generalsekretär der Konferenz empfing die deutschen Delegierten im Namen der Regierung. Er ließ in den Salonwagen, um den Reichsfunkler Fehrenbach zu begrüßen. Dann fuhr die Delegation in belgischen Autos, die die Regierung zur Verfügung gestellt hatte, nach ihren Quartieren, die in der ganzen Stadt verteilt sind. Einige Stunden später trafen die Belgier, um 6 Uhr die Engländer, um 7 Uhr die Franzosen in Spa ein. Die Bevölkerung von Spa, die bei der Ankunft der deutschen Delegierten sehr wenig zahlreich erschienen war, sammelte sich gegen 5 Uhr zu Tausenden vor dem Bahnhof an, um den General Hoch mit Begeisterung zu begrüßen. Die Villa de la Grenouille, in der die Konferenz stattfindet, liegt eine halbe Stunde von Spa entfernt.

Der Schutz der Konferenzmitglieder

Eigene Drahtmeldung

Basel, 5. Juli. Echo de Paris meldet aus Spa: Eine Abteilung Sicherheitswachen und Volkseinsammlungen sind am Sonntagabend in Spa eingetroffen, um die Hotels, in denen die Delegierten der ausländischen Mächte wohnen werden, unter Schutz zu stellen. Eine Bekanntmachung des Oberbürgermeisters von Spa erlaubt die Bevölkerung zu einem würdigen Verhalten gegenüber der deutschen Delegation. Gleichzeitig ist jede Annäherung vor dem Hotel, in dem die Deutschen wohnen, streng verboten.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 5. Juli. Von zuständiger Stelle verlautet, daß beim Reichsgericht in Leipzig bisher insgesamt 1112 Strafsachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig gemacht worden sind. Hierunter entfällt die überwiegende Zahl auf die Antlagentat der Entente. In 27 Fällen muß das Verfahren eingestellt werden, weil die Beschuldigten bereits gestorben waren. Im übrigen befinden sich 857 Fälle im Stadium des Ermittlungsverfahrens. Da ein großer Teil des Beweismaterials sich in den Ententeländern befindet, hat der Oberreichsanwalt mit Hilfe des Auswärtigen Amtes an die Alliierten das Ersuchen gerichtet, um genaue Bezeichnung der strafbaren Handlung und Beschaffung des Beweismaterials. Von dem Ergebnis dieser Erhebung wird der Fortgang des Verfahrens abhängen.

Was wir leisten können

Das eingehende Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das am 20. Juni dem Obersten Rat neben zwei amtlichen Texten über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Feuerbelastung in Deutschland von der deutschen Regierung als Material für die Verhandlungen in Spa überreicht worden ist, enthält in seinem ersten Teil eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Es werden zunächst die verschiedenen wirtschaftlichen Leistungen der Volkswirtschaften gegenübergestellt, weiter die Veränderung der deutschen Produktionskräfte durch den Vertrag von Versailles und über verhandelte Folgen in allen ihren Einzelheiten.

Das Gutachten acht dann kurz auf den Zustand der deutschen Finanzen und auf die durch die neuen Steuern verursachte Belastung der deutschen Volkswirtschaft ein.

Der zweite Teil des Gutachtens beschäftigt sich mit den Voraussetzungen zur

Bestellung des Wiedergutmachungsbetrages,

und behandelt zunächst das Angebot der deutschen Friedensdelegation in Versailles vom 20. Mai 1919, wobei Deutschland sich zu Leistungen bis zur Höhe von 300 Milliarden als verpflichtet erklärte. Die Sachverständigen halten an sich den Grundgedanken des Angebots für richtig. Eine Wiedergutmachung dieses Angebotes könne jedoch heute nicht mehr erfolgen, weil einmal von den damals als zureichender Teil des deutschen Angebots angesehenen Voraussetzungen (vor allem

Besetzung Ost- und Westpreußens, Ober-Schlesien und der Saargebiete, Selbstbestimmungsrecht für Deutschoberschlesien, Besetzung der Kolonien als Mandat des Völkerbundes, Verzicht auf Auslieferung der Danzigschiffen, keine Liquidation deutscher Gebiete) auch nicht eine einzige erfüllt worden sei, sondern auch die neuzeitliche ägyptische und innere Wirtschaftslage Deutschlands sich unter erheblicher Mithilfe der alliierten und angrenzten Mächte wesentlich verschlechtert habe.

Bei der Erörterung der

Möglichkeit deutscher Leistungen

bedeuten es die Sachverständigen als ihren Wunsch, ihre Bewertung der Wiedergutmachungsforderungen einen klaren Vergleich herzustellen, als es überaus in einer wirtschaftlichen Hinsicht möglich ist, bei der man nur die bestimmten Faktoren schon vorzuzugewandelt haben und, sondern zugleich weitere wesentliche Faktoren sich überzogen der Verfügung durch Rechnung oder Schätzung enthalten. Es kommen dabei zu der Auffassung, daß die Bestimmungen aller Raten nur auf die Lösung der einzigen wirklich großen Fragen konzentriert werden sollten, die der Kohlenlieferung und der Verteilung der deutschen Entschädigung am Wiederaufbau Frankreichs im eigentlichen Sinne.

Bei der Kohlenlieferung bleibt nach Ansicht der Sachverständigen kein anderer Ausweg, als den amerikanischen Staaten, insbesondere also Frankreich, zwar eine Limit auf bestimmte Kohlenmengen zu erlauben, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lieferung auf Basis der im freien Weltmarkt sich bildenden deutschen Kohlenpreise zu bewerkstelligen ist. Deutschland würde sich dann verpflichtet fühlen, die Einkünfte aus diesen Kohlen in erster Linie für die